



# Soziale Offensive für ein gerechtes Land

Für eine Politik, die allen  
eine Perspektive bietet

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

# Inhaltsverzeichnis

Für ein Bündnis für Frieden und soziale Sicherheit	3
Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit für alle	5
Gute Arbeit verwirklichen – Arbeitslosigkeit bekämpfen	7
Bezahlbare Mieten könnten wieder möglich sein	9
Gesundheitssystem sozial gerecht machen	11
Kinder- und Jugendhilfe stärken	13
Bildung ist mehr wert	15
Kommunen wieder handlungsfähig machen	17
Kampf den Vorurteilen und Rassismus	19
Finanzierung	20

## Für ein Bündnis für Frieden und soziale Sicherheit



Jahrzehntelang haben die meisten Menschen optimistisch in die Zukunft geschaut. Sie gingen davon aus, dass die nachfolgende Generation in größerem Wohlstand würde leben können als sie selbst. Das ist lange vorbei. Unsere Gesellschaft wird vom Neoliberalismus zerfressen, Zuversicht

und das Vertrauen in die Zukunft schwinden rapide, an ihre Stelle treten immer mehr Zukunftsängste. Dies bildet einen gefährlichen Nährboden für ein Erstarken der Rechtspopulisten. Dieser bedrohliche Trend muss umgekehrt und endlich wieder mehr soziale Sicherheit politisch durchgesetzt werden.

Weil der Sozialstaat seinen Namen nicht mehr verdient, hat sich die Unsicherheit weit in die Mittelschicht hineingefressen. Ein solches Klima der Angst ist schlecht für gewerkschaftliche Arbeitskämpfe und dringend notwendige Lohnerhöhungen – die Angst vor dem vorprogrammierten Absturz bei Arbeitsplatzverlust schwächt die Position der Arbeitnehmer. Stattdessen macht es die Starken noch stärker, fördert Lohndrückerei und erhöht die Profite der Konzerne sowie die Dividendeneinnahmen der Superreichen.

Das hat Folgen. Inzwischen besitzt das reichste 1 Prozent der Weltbevölkerung so viel Vermögen wie die restlichen 99 Prozent zusammen. Es untergräbt die Demokratie, wenn neoliberale Parteienkartelle gegen die Interessen der großen Mehrheit ihre Politik unaufhörlich durchsetzen können. Vor vier Jahren haben sich fast 80 Prozent unserer Bevölkerung für eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer ausgesprochen. Trotzdem traut sich – außer DIE LINKE – keine andere Partei im Bundestag, sich mit den Reichen anzulegen.

DIE LINKE hat der SPD immer angeboten, mit ihr zusammen den Sozialstaat wieder herzustellen. Bisher sind die Sozialdemokraten

aber darauf nicht glaubwürdig eingegangen. Jüngstes Beispiel ist die Vermögenssteuer: Ohne eine angemessene Reichenbesteuerung lässt sich eine Erneuerung des Sozialstaats nicht nachhaltig solide finanzieren. Ein »Bündnis für Frieden und soziale Sicherheit« muss klar verständliche Vorschläge in einer wirklichen Reformagenda machen, von der die Menschen glaubhaft eine Verbesserung ihrer Situation erwarten können.

Die folgende Fünf-Punkte-Deklaration kann die Basis für eine dringend notwendige und grundsätzlich andere Innen- und Außenpolitik sein. Für eine Politik, die nicht mehr spaltet, sondern die allen in diesem Land und in Europa eine Perspektive bietet. Wir laden jede und jeden dazu ein, mit uns für einen sozialen Neustart zu kämpfen – im und außerhalb des Parlaments:

- 1.** Vom Lohn der Arbeit muss man leben können, und ein Arbeitsplatzverlust darf nicht zu sozialem Absturz führen. Daher sind eine deutliche Anhebung des Mindestlohns, die Wiederherstellung der Arbeitslosenversicherung und effektive Maßnahmen zur Beseitigung von Dauerbefristungen, Leiharbeit und Werkverträgen nötig.
- 2.** Die gesetzlichen Rentenansprüche aus einer normalen Erwerbsbiographie müssen den Lebensstandard im Alter sichern und insbesondere Altersarmut verhindern. Deshalb muss die öffentliche Förderung der Riester-Rente beendet und stattdessen das gesetzliche Rentenniveau angehoben werden.
- 3.** Der vorhandene gesellschaftliche Reichtum, der sich in wenigen Händen konzentriert, muss für alle nutzbar gemacht werden. Als Instrument dafür ist die Einführung einer Vermögenssteuer für Millionäre alternativlos, um mit diesen Milliardeneinnahmen eine Stärkung des Sozialstaats und dringend notwendige Investitionen in die Zukunft zu finanzieren.
- 4.** Deutschland muss zu einer friedlichen Außenpolitik zurückkehren und endlich Fluchtursachen wirklich bekämpfen. Das bedeutet: deutsche Waffenexporte verbieten, Beendigung aller Kriegseinsätze der Bundeswehr und das sofortige Ende der Unterstützung von Interventionskriegen.
- 5.** Die Europäische Union braucht einen demokratischen Neustart. Statt Konzernlobbykratie, Bankenrettungen und diktierten Kürzungen von Löhnen und Renten muss der soziale Fortschritt in Europa wieder in den Mittelpunkt gestellt werden.

*Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht  
sind Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE.*

## Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit für alle



Der Sozialstaat wird in der Bundesrepublik seit Jahren immer weiter abgebaut. Die Infrastruktur befindet sich oft in einem desolaten Zustand. Der Staat ist immer schlechter dazu in der Lage, seine Aufgaben zu erfüllen. Und statt guter Arbeit, von der man leben kann, gibt es immer mehr prekäre Jobs. Die Herausforderung im Zusammenhang mit der Aufnahme und Integration Hunderttausender Flüchtlinge hat noch einmal deutlich vor Augen

geführt, wie groß die Kluft zwischen mangelhaftem sozialpolitischem Angebot und gesellschaftlichem Bedarf tatsächlich ist. Die Diskrepanz zwischen der haltlosen Predigt des »Wir schaffen das« der Kanzlerin und der bitteren Realität in den Kommunen, denen die Bundesregierung die notwendigen Mittel dafür vorenthält, wird täglich offenbar. Auf diesem Nährboden werden Rechtspopulisten immer stärker. Diesen menschenfeindlichen Trend können wir nur umkehren, wenn wir wieder mehr soziale Sicherheit politisch durchsetzen. Dafür steht DIE LINKE.

Um die Herausforderungen zu meistern und allen sozial ausgegrenzten Menschen eine Chance auf ein gutes Leben zu geben, braucht es »eine soziale Offensive für alle«. DIE LINKE hat dazu einstimmig einen Antrag beschlossen und in den Bundestag eingebracht (Drucksache 18/9190). Für eine wirkliche Wende hin zu einem starken Sozialstaat ist eine Erhöhung der Ausgaben für soziale Leistungen und öffentliche Investitionen um mindestens 100 Milliarden Euro jährlich unabdingbar und ökonomisch sinnvoll. Die Mehrausgaben sind durch eine höhere Besteuerung von Vermögen ab einer Million Euro und Kapitaleinkünften sowie der Schließung von Steuerschlupflöchern zu finanzieren.

Die Schaffung sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit ist die große Herausforderung dieser Tage. DIE LINKE steht für eine soziale Wende in Deutschland und legt sich dafür mit den Mächtigen und Reichen an. Unterstützen Sie uns dabei. Nur so schaffen wir das.

*Sevim Dağdelen,  
Beauftragte für Migration und Integration der Fraktion DIE LINKE.*



In Deutschland hat sich die Langzeiterwerbslosigkeit verfestigt.

## Ausgrenzung am Arbeitsmarkt

Viel zu vielen Menschen bleibt der Arbeitsmarkt verschlossen. Besonders Ältere, Menschen mit Behinderungen, Alleinerziehende sowie Migrantinnen und Migranten werden ausgegrenzt. Die Langzeiterwerbslosigkeit hat sich bei über einer Million verfestigt. Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Niedriglohn, Werkverträge und Minijobs prägen zunehmend die Arbeitslandschaft. In den vergangenen 20 Jahren hat sich die Zahl der befristeten Arbeitsverträge auf insgesamt 2,7 Millionen verdreifacht. Die Anzahl der Minijobbern ist in den vergangenen zehn Jahren um 11,7 Prozent gestiegen. Geflüchtete haben durch Arbeitsverbote und Beschränkungen mit besonderen Restriktionen beim Zugang zum Arbeitsmarkt zu kämpfen.



## **Gute Arbeit verwirklichen – Arbeitslosigkeit bekämpfen**

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich dafür ein, die bestehenden Ausnahmen vom Mindestlohn abzuschaffen. Die Möglichkeiten zur Befristung von Arbeitsverträgen müssen deutlich eingeschränkt werden. Leiharbeit muss perspektivisch verboten und Werkverträge müssen reguliert werden. DIE LINKE schlägt vor, den Personalbestand im öffentlichen Dienst deutlich anzuheben. Darüber hinaus sind 300 000 Arbeitsplätze für Langzeiterwerbslose und Geflüchtete bereitzustellen. Die zu schaffenden Stellen müssen sozialversicherungspflichtig sein und tariflich entlohnt werden.

Vermittlung und Qualifizierung werden durchgehend am Ziel einer nachhaltigen Integration in gute sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Ausbildung ausgerichtet, dafür setzt sich DIE LINKE im Bundestag ein. Die Sperrzeiten und Sanktionen werden abgeschafft. Hartz IV wird durch eine sanktionsfreie, individuelle und bedarfsdeckende soziale Mindestsicherung ersetzt. Unter 1.050 Euro netto droht Armut.

Das Asylbewerberleistungsgesetz soll abgeschafft, fordert die Fraktion DIE LINKE. Der Zugang zum Mindestsicherungssystem wird Asylbewerberinnen und Asylbewerbern ermöglicht. Asylsuchenden sollen sofort nach ihrer Ankunft die Möglichkeit bekommen, Deutsch zu lernen und an einem Integrationskurs teilzunehmen. Das Arbeitsverbot für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in den ersten drei Monaten entfällt. Asylsuchende und Geduldete in Ausbildung müssen eine Aufenthaltserlaubnis für die Dauer der Berufsausbildung erhalten. Die Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse wird vereinfacht.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Regelung zur Zwangsverrentung abzuschaffen. Die Rentenbeiträge für Hartz-IV-Beziehende werden auf der Basis des halben Durchschnittsverdienstes aus Steuermitteln entrichtet. Ferner muss die gesetzliche Rente den Lebensstandard im Alter sichern. Dazu wird das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent angehoben. Als Mindeststandard muss zudem eine armutsfeste und steuerfinanzierte solidarische Mindestrente für alle in Deutschland lebenden Menschen eingeführt werden, die nach einer Einkommens- und Vermögensprüfung gezahlt werden soll. Niemand soll im Alter von weniger als 1.050 Euro netto leben müssen. Für dieses Ziel kämpft DIE LINKE.



Wohnungen sind zunehmend unbezahlbar. Dagegen demonstrieren Mieterinnen und Mieter nicht nur, wie hier, in Berlin Kreuzberg

## Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware

Seit 1994 hat der Bund 352 000 Wohnungen veräußert. Von den ehemals 4 Millionen Sozialwohnungen gibt es heute noch 1,4 Millionen. Seit sieben Jahren steigen in Stuttgart die Mieten schneller als die Einkommen. In Hamburg, Köln und München sind seit letztem Sommer die Mieten durchschnittlich um sechs Prozent gestiegen. Die sogenannte Mietpreisbremse bremst nicht, so liegen in Berlin die Vermietungspreise 31 Prozent über dem laut Mietpreisbremse erlaubten Quadratmeter-Preis. Im Ergebnis werden so Menschen aus ihrem gewohnten Wohngebiet vertrieben und dazu gezwungen in städtische Randbezirke umzuziehen, da sie sich ihre bisherigen Wohnungen schlicht nicht mehr leisten können.



## **Bezahlbare Mieten könnten wieder möglich sein**

Durch den Verkauf bisheriger Wohnungsunternehmen an Immobilienheuschrecken wie Cerberus, Vonovia SE (ehemals Deutsche Annington) oder Fortress und durch die drastische Reduzierung an Investitionen in den sozialen Wohnungsbau fehlen heute mehrere Millionen Sozialwohnungen. Deswegen fordert die Fraktion DIE LINKE in den kommenden zehn Jahren den Bau von 4 Millionen Sozialwohnungen. So kann die bisherige Versorgungslücke geschlossen werden, die durch die Untätigkeit der Regierungen entstanden ist. Dafür fallen jährlich Kosten in Höhe von 5 Milliarden Euro an. Diese sollen vorwiegend öffentlichen Wohnungsgesellschaften (Bund, Länder, Kommunen), Genossenschaften und Initiativen, die sich der Gemeinnützigkeit verpflichten, zu Gute kommen.

Immobilienheuschrecken vertreiben ein Anlageprodukt. Ihr Ziel ist die Maximierung ihrer Rendite, die sie am Ende des Jahres ihren Teilhabern ausschütten. Deswegen ist es wichtig, dass die direkte Förderung nicht-profitorientierter Träger unterstützt wird, denn nur so kann langfristig bezahlbarer Wohnraum gewährleistet werden.

Bisher gibt es für Wohnungen, die mit öffentlichen Geldern bezuschusst wurden, eine Belegungsbindung von 15 Jahren. Danach können die Wohnungen frei am Markt meistbietend feilgeboten werden. Damit aber die Kosten für Wohnen kalkulierbar bleiben, setzt sich die Fraktion DIE LINKE dafür ein, dass diese Belegungsbindung komplett aufgehoben wird.

DIE LINKE setzt sich strikt dafür ein, die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in menschenunwürdigen Massenunterkünften zu stoppen. Integration beginnt beim Wohnen, und das heißt mit der Einbindung in städtische und ländliche Wohnstrukturen. Dazu sollten alle Möglichkeiten einer dezentralen, privaten Unterbringung genutzt werden. Ebenso wichtig ist die Nutzung von leerstehenden Wohnungen.

Wohnen darf nicht zu einem Anlageprodukt verkommen. Wohnen ist ein nach dem Grundgesetz zu schützendes Menschenrecht. Dafür setzt sich DIE LINKE im Bundestag für alle Menschen ein.



»Mehr von euch ist besser für alle« ist das Motto der bundesweiten Bettentour der Fraktion, bei der mit Parkuhren versehene Krankenhausbetten den wachsenden Kommerz in Arztpraxen, Apotheken und Krankenhäusern versinnbildlichen.

## Defizite im Gesundheitssystem

In den vergangenen Jahren wurden Gesundheit und Pflege noch stärker an Markt- und Gewinninteressen ausgerichtet. Profit und Wettbewerb führen beispielsweise dazu, dass notwendige Behandlungen abgelehnt und vermehrt teure Leistungen ohne nachgewiesenen Nutzen angeboten werden. In Kliniken und Krankenhäusern herrscht aufgrund von Personalmangel vielerorts Pflegenotstand. Zu wenig Personal und schlechte Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern führen zu einer Verschlechterung der Gesundheitsleistung, unter der alle Patientinnen und Patienten zu leiden haben. Geflüchtete werden Leistungen vorenthalten, ihren besonderen Bedarfen aufgrund von Kriegs- und Fluchterlebnissen wird in der Praxis nicht ausreichend Rechnung getragen.

## Gesundheitssystem sozial gerecht machen

Auch wer wenig Geld hat, muss die Möglichkeit haben, seine Gesundheit gut zu erhalten. Für dieses Ziel setzt sich die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag ein. Es geht um die optimale Behandlung für die Patientinnen und Patienten. Deshalb will DIE LINKE eine solidarische Gesundheitsversicherung (Bürgerinnen- und Bürgerversicherung) einführen, in der alle versichert sind und Beiträge auf alle Einkommen und Einkommensarten zahlen. Die Einführung solcher Gesundheitsversicherung sichert Solidarität und Qualität in der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung. Zukünftig sollen alle Beiträge zahlen, auf alle Einkommen und Einkommensarten. Im Gegenzug werden alle gleichermaßen gut versorgt, der medizinische Fortschritt wird einbezogen. So kann soziale Gerechtigkeit geschaffen werden und die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung auf eine stabile Grundlage gestellt werden. Für eine umfassende ambulante und stationäre Versorgung in ländlichen und in sozial benachteiligten Gebieten müssen neue, regionale Konzepte entwickelt werden.

DIE LINKE kämpft dafür, dass die zügige medizinische Untersuchung bei der Erstaufnahme von Asylsuchenden durch die regionalen Gesundheitsdienste beziehungsweise -ämter flächendeckend sichergestellt wird. Die weitreichenden Einschränkungen in der Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge sollen ersatzlos gestrichen werden. Denn die Beschränkung der medizinischen Versorgung auf akute Erkrankungen und Schmerzzustände beinhaltet Risiken für Leib und Leben.

DIE LINKE fordert außerdem, dass alle in Deutschland lebenden Menschen in die gesetzliche Krankenversicherung durch die Ausgabe nichtdiskriminierender Gesundheitskarten einbezogen werden. Die Kosten dafür muss der Bund vollständig übernehmen. Die psychologische und psychotherapeutische Versorgung von Traumatisierten und Folteropfern muss endlich gewährleistet werden.

Zudem schlägt die Fraktion DIE LINKE vor, spezielle Mehrbedarfe von Geflüchteten in der medizinischen Versorgung und in der Pflege abzudecken. Das betrifft insbesondere die Versorgung mit Hilfsmitteln und Rehabilitationsmaßnahmen, qualifizierte kultursensible Pflegeleistungen sowie eine umfassende gesundheits- und pflegebezogene Beratung.



Ein Plan mit einem Tagesablauf ist am 16. Oktober 2014 in Nürnberg (Bayern) an der Wand einer Wohngruppe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu sehen.

## Probleme bei der Kinder- und Jugendhilfe

Die Kinder- und Jugendhilfe hat in den vergangenen Jahren immer weitere Aufgaben übertragen bekommen. Gleichzeitig wird in diesen Bereichen regelmäßig gespart, zum Beispiel bei den Hilfen zur Erziehung, bei den Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Familienberatungsstellen und der Sozialarbeit. Gekürzt wurde auch bei den originären Aufgaben der öffentlichen Träger, etwa der Personalausstattung in den Jugendämtern und den Allgemeinen Sozialen Diensten. Aktuell lässt sich beobachten, dass die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen als Anlass genommen wird, die Standards in der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt abzusenken.

## Kinder- und Jugendhilfe stärken

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für eine Stärkung der gesamten Kinder- und Jugendhilfe ein. Dadurch sollen die Rechte der Betroffenen gestärkt und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten gewährleistet werden.

DIE LINKE fordert, den Ausbau der Kinderbetreuung zu verstärken, insbesondere auch in qualitativer Hinsicht. Alle Kinder müssen unabhängig von der Situation der Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagesplatz erhalten. Dazu bedarf es eines Kita-Qualitätsgesetzes und eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Kosten.

Die Angebote und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in den Städten und Gemeinden müssen ausgebaut werden, schlägt DIE LINKE vor. Um die Schließungen von Einrichtungen in den vergangenen zwei Jahrzehnten rückgängig zu machen, braucht es ein Sonderprogramm des Bundes. Die Angebote der Kinder- und Jugendsozialarbeit sowie von Beratungsangeboten müssen allen Kindern und Jugendlichen zugänglich sein. Um Kinder und Jugendliche an die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe heranzuführen, soll ein Sonderprogramm zur Stärkung der Straßensozialarbeit/ Mobilien Jugendarbeit aufgelegt werden.

DIE LINKE ist der Auffassung, dass die Situation in den Jugendämtern und Allgemeinen Sozialen Diensten dringend verbessert werden muss. Die Personaldecke muss angehoben und die Angebote für Leistungen müssen ausgebaut werden. Dazu bedarf es einer rechtlichen Klarstellung, dass individuelle Rechtsansprüche, wie zum Beispiel auf Hilfen zur Erziehung und für Familien, nicht budgetiert sein dürfen und nicht in das Leistungsdreieck der Kinder- und Jugendhilfe eingegriffen werden darf.

Für die Fraktion DIE LINKE im Bundestag endet die Zuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe nicht mit der Vollendung des 18. Lebensjahres. Es ist durch rechtliche Klarstellung darauf hinzuwirken, dass Jugendliche auch über das 18. Lebensjahr hinaus Unterstützung aus der Kinder- und Jugendhilfe erfahren können. Der bestehende Fachkräftemangel in der Kinder- und Jugendhilfe ist durch ein Programm für ausgebildete Fachkräfte zu reduzieren. Gleichzeitig sind die Arbeitsbedingungen zu verbessern.



Der Zugang zu Bildung soll unabhängig vom Geldbeutel der Eltern sein

## Unterfinanziertes Bildungssystem

In Schulen bröckelt der Putz von den Wänden, Orte für Freizeitgestaltung verfallen oder werden einfach so geschlossen, für den Ausbau von Ganztagschulen fehlt das Geld, Hörsäle an Unis sind überfüllt oder die Heizung wird nicht eingeschaltet. Kommunen und Länder sagen ihnen fehle durch die verankerte Schuldenbremse das nötige Geld um die Missstände zu beheben. Selbst CDU/CSU und SPD erkennen die Notlage. Aber ehe es konkret wird, versteckt sie sich fadenscheinig hinter dem sogenannten Kooperationsverbot. Dieses besagt, dass grundsätzlich ein Verbot in der Bildungszusammenarbeit zwischen Bund und Ländern herrscht.



## Bildung ist mehr wert

In dem jüngst veröffentlichten Verteilungsbericht der Hans-Böckler-Stiftung kommt die Autorin zu dem Schluss, dass im Vergleich zu anderen Ländern, besonders in Deutschland der Schulabschluss der Kinder von der sozialen Herkunft der Eltern abhängt. Und vom Schulabschluss ist der spätere Job, das Einkommen abhängig. Deswegen ist ein gleichberechtigter Zugang zur Bildung die grundlegende Voraussetzung, damit alle Kinder die gleichen Chancen haben – unabhängig von Herkunft, Abstammung, Aufenthaltsstatus oder Behinderung. Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für individuelle Förderung der Schüler ein und streitet für den Umbau der Schulen zu modernen Gemeinschaftsschulen. Ohne die Verbesserung der sozialen Lage von Kindern und ihren Familien und ohne den Ausgleich der finanziellen Defizite im Bildungssystem ist ein gutes Bildungssystem für alle Kinder nicht zu schaffen.

DIE LINKE fordert mehr Kindertagesstätten, eine frühzeitige und vom Aufenthaltsstatus unabhängige Schulpflicht sowie eine sinnvolle Erstausrüstung an Schulbedarf für alle Kinder. Vermehrte Angebote an berufsbildenden Schulen für Schülerinnen und Schüler, die nicht mehr der Schulpflicht unterliegen, eine Erleichterung für Quereinsteiger in die Schul- und Bildungslaufbahn und ein Investitionsprogramm inklusive Schule um bestehende Schulen schnellstmöglich in barrierefreie Schulen umzubauen.

Um das Fundament für die nötigen Verbesserungen im Bildungssystem und der dringend erforderlichen Sanierung von Schulen sowie den Ausbau von Studien- und Wohnheimplätzen bewerkstelligen zu können, will die Fraktion DIE LINKE die sofortige Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern. Der Bund darf die überforderten Länder und Kommunen nicht im Stich lassen und muss hilfsweise im Rahmen eines Bund-Länder-Programms, die finanziellen Kosten mittragen. Die Gemeinschaftsaufgabe Bildung soll grundgesetzlich verankert werden.



Absperrung vor dem Erlebnisbecken im sanierungsbedürftigen Hallenbad in Ismaning

## Kommunen fehlt das Geld

Bei den Kosten für Integration werden die Kommunen vom Bund im Stich gelassen. Sie haben mittlerweile Kassenkredite in Höhe von 50 Milliarden Euro aufgenommen. Ihr Investitionsrückstand beträgt 120 bis 130 Milliarden Euro. Ein dringend benötigter Ausbau oder Sanierung von Straßen, Schulen oder Jugendclubs bleibt aus, da schlicht das Geld fehlt. Die Preise im öffentlichen Personennahverkehr steigen Jahr für Jahr; ein Sozialticket, das diesen Namen auch verdient, existiert nur in wenigen Kommunen. Schwimmbäder werden geschlossen, Turnhallen und Sportplätze marodieren vor sich hin. In finanzschwachen Kommunen ist die Qualität des Lebens so für alle reduziert, Integration von Geflüchteten kaum zu stemmen.

## Kommunen wieder handlungsfähig machen

Um Integration und Investitionsrückstände finanzieren zu können, fordert DIE LINKE im Bundestag die finanzielle Unterstützung des Bundes, damit dringend benötigte Zukunftsinvestitionen in Angriff genommen werden können. Auch die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzierungssteuer wird dazu dienen, dass die Kommunen langfristig mit planbaren Einnahmen kalkulieren können. Damit Länder und Kommunen unabhängiger und handlungsfähiger werden sind Förderprogramme nötig, die die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen in den Bereichen Wohnen und Energie fördern, zum Beispiel durch seniorengerechter, barrierefreier quartiersbezogener oder energetischer Sanierung. So könnten Kommunen ihre Einnahmeseite gezielt verbessern, Arbeitsplätze schaffen und die Bürgerinnen und Bürger profitieren direkt.

Bisher steigen die Kosten für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) Jahr für Jahr. Deshalb setzt sich die Fraktion DIE LINKE dafür ein, dass der ÖPNV ausgeweitet wird, um die Mobilität von allen zu ermöglichen. Andernfalls können immer mehr Menschen nicht am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Ferner ist die Einführung eines Nulltarifs beim ÖPNV vor Ort jeweils zu prüfen.

Sport kann zusammenführen und Raum bieten sich kennenzulernen, weshalb den 90 000 Vereinen in Deutschland eine gesellschaftlich wichtige und integrative Aufgabe zukommt. Der Bund kann sich da nicht aus der Verantwortung stellen. Deshalb ist es wichtig, dass Gelder zur Sanierung von Sport- und Freizeitstätten, aber auch für Trainerinnen und Trainer sowie Übungsleiterinnen und -leiter zur Verfügung gestellt werden um auf die spezielle Situation der zu Betreuenden eingehen zu können.

Länder und Kommunen bleiben in der Verantwortung Integration vor Ort zu organisieren. Die Fraktion DIE LINKE kämpft dafür, dass der Bund die Kosten der Aufnahme, Unterbringung und Integration der Geflüchteten während des Asylverfahrens übernimmt, und darüber hinaus für die Kosten während der Übergangszeit, bei unbegleiteten Minderjährigen, Flüchtlingen mit Behinderung und traumatisierte Flüchtlinge aufkommt.



Wie hier in München wird bundesweit für mehr Toleranz und gegen Ausgrenzung demonstriert

## **Spaltung der Gesellschaft und Rassismus**

Die Politik der herrschenden Politik, der vergangenen 20 Jahre, hat nicht nur zu einer ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen sondern auch zu einer sozialen Spaltung geführt. Entsolidarisierung und beständiger Konkurrenzdruck haben in einem Teil der Gesellschaft zu Verrohung und Brutalisierung von Sprache und Denken geführt, die sich vor allem gegen Geflüchtete, aber auch andere Gruppen von Menschen richtet. Diese verbale Brutalität schlägt immer mehr auch in reale Gewalt um, wie der Anstieg von Angriffen auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte zeigt. Wer suggeriert, Geflüchtete würden sich der Integration verweigern, vertieft diese Tendenz und spaltet die Gesellschaft.

## **Kampf den Vorurteilen und Rassismus**

Die Fraktion DIE LINKE fordert zivilgesellschaftliche Gruppen zu unterstützen, die in Regionen arbeiten in denen es häufig zu rassistischen Übergriffen kommt. Sie prägen aktiv das Miteinander, beeinflussen vor Ort die Stimmung positiv und setzen sich gegen Vorurteile ein. Darunter fallen insbesondere die Mobile Beratungen gegen Rechtsextremismus und die Beratung für Opfer rechts-extremer und rassistischer Gewalt.

Eine anti-rassistische pädagogische Arbeit muss in vorschulischen Einrichtungen und Schulen systematisch verankert werden, damit Kinder früh das Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Weltanschauung oder Religion, unterschiedlichen Geschlechts und Alters, unterschiedlicher sexueller Orientierung und Identität sowie mit körperlicher, geistiger oder psychischer Beeinträchtigung erleben.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat sich nach den Erfahrungen mit dem NSU-Komplex als untaugliche Behörde erwiesen. Als wichtige Konsequenz daraus setzt sich DIE LINKE auf Bundesebene dafür ein, einen polizeiunabhängigen Beschwerde- und Untersuchungsmechanismus und ein Bleiberecht für Opfer rassistischer und rechter Gewalt zu etablieren. Grundsätzlich müssen polizeiliche Vorschriften und Gesetze daraufhin geprüft werden, inwieweit sie eine rassistische Polizeipraxis hervorbringen und damit rassistische Haltungen in der Polizei und in der Bevölkerung stärken. Menschen dürfen nicht wegen ihrer äußeren Erscheinung im Fokus polizeilicher Kontrollen stehen.

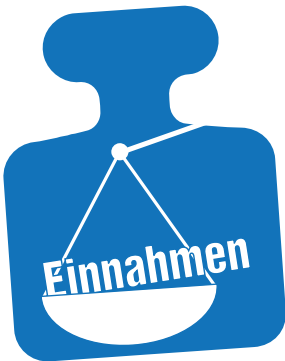
Statt das Recht auf Asyl immer weiter einzuschränken, kämpft die Fraktion DIE LINKE dafür, dass die sozialen Menschenrechte ins Grundgesetz aufgenommen, und die revidierte Europäische Sozialcharta ratifiziert werden.

Die Menschen in Deutschland brauchen keine Stimmungsmache, sondern eine soziale Integrationspolitik in Verknüpfung mit einer Erneuerung des Sozialstaats für alle.

# Gerechtigkeit Gewicht geben

## Finanzierung

Häufig unterstellen andere Parteien der Fraktion DIE LINKE, sie fordere Luftschlösser und ihre Forderungen seien nicht finanzierbar. Aber an der unten angefügten Aufstellung wird dargestellt, dass die Forderungen durchaus finanzierbar sind, wenn man nur will. Das Geld für besseres Leben für alle ist vorhanden, es muss nur von oben nach unten umverteilt werden:



- 80 Milliarden Euro** Millionärssteuer
- 5 Milliarden Euro** Erbschaft- und Schenkungssteuer
- 35 Milliarden Euro** angemessene Unternehmensbesteuerung
- 30 Milliarden Euro** Finanztransaktionssteuer
- 13 Milliarden Euro** Verbesserung des Steuervollzugs
- 15 Milliarden Euro** Gemeindefinanzierungssteuer
- 8,5 Milliarden Euro** steuerliche Gleichstellung von Dieselmotoren
- 6,9 Milliarden Euro** Senkung des Verteidigungsetats
- 11 Milliarden Euro** zulässige Nettokreditaufnahme





- 2,7 Milliarden Euro** Integrationszukunftsprgramm
- 2,7 Milliarden Euro** zur Bekämpfung von Fluchtursachen
- 22,85 Milliarden Euro** Anhebung HartzIV auf 560 Euro
- 4,8 Milliarden Euro** Qualität Erziehung und Betreuung in Kitas
- 11,1 Milliarden Euro** Rentengerechtigkeit
- 6,4 Milliarden Euro** Investition in sozialen gemeinnützigen Wohnungsbau
- 2,5 Milliarden Euro** aktive Arbeitsmarktpolitik
- 8,4 Milliarden Euro** Hochschul- und Brufsbildung
- 4 Milliarden Euro** Gesundheitspolitik
- 12,5 Milliarden Euro** Kinderarmut bekämpfen
- 1 Milliarde Euro** Rechte für Menschen mit Behinderungen
- 11,25 Milliarden Euro** Verkehrsinvestitionen
- 11 Milliarden Euro** Breitbandausbau
- 2,6 Milliarden Euro** Sportstätten und Bäder
- 2,3 Milliarden Euro** Wasserversorgung
- 2,5 Milliarden Euro** aktive Friedenspolitik
- 36 Milliarden Euro** Bildungspolitik

# **DIE LINKE.**

**I M B U N D E S T A G**

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/22 75 11 70, Fax: 030/22 75 61 28  
E-Mail: [fraktion@linksfraktion.de](mailto:fraktion@linksfraktion.de)  
V.i.S.d.P.: Heike Hänsel, Jan Korte  
Redaktionsschluss: 6. Februar 2017

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen  
Initiativen finden Sie unter: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)**

# SOZIALE OFFENSIVE FÜR EIN GERECHTES LAND

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

- Kommunen handlungsfähig machen ■ Bezahlbaren Mietraum schaffen ■ Bildung für alle ohne soziale Ausgrenzung ermöglichen
- Gute Arbeit verwirklichen statt Arbeitslosigkeit verwalten
- Gesundheit und Pflege stärken ■ Kinderbetreuung und Jugendhilfe ausbauen ■ Integration beschleunigen
- Rassismus und Fremdenhass entgegentreten

**[www.linksfraktion.de/soziale-offensive](http://www.linksfraktion.de/soziale-offensive)**

[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)